

Während die Gewinne in Steueroasen flößen, verblieben Schulden im deutschen Gesundheitssystem. Der ökonomische Imperativ, aus Geld mehr Geld zu machen, kolonisiert das ärztliche Ethos. Ein Fremdbesitzverbot für Finanzinvestoren, wie es der Europäische Gerichtshof für Anwaltskanzleien bestätigt hat, wäre ein notwendiger erster Schritt. Wenn die Unabhängigkeit der Rechtspflege schützenswert ist, dann gilt das umso mehr für die Therapiefreiheit in der Medizin.

Karl Lauterbach kündigte Ende 2022 an, die „absolute Profitgier“ stoppen zu wollen. Passiert ist nichts. Die eigentliche Krankheit liegt aber tiefer. In einem System, das jeden Lebensbereich zur Renditequelle degradiert. Solange Kapital durch bloßen Besitz wächst, werden menschliche Grundbedürfnisse zu Waren. Eine Wirtschaft jenseits dieser Zwangslogik müsste Gesundheit als öffentliches Gut definieren. Ein weiterer Schritt wäre es, das Geldsystem selbst als öffentliches Gut zu definieren und von der Kapitalrenditelogik zu befreien.

Wenn die Kommerzialisierung weiter um sich greift und Heilen zur Nebensache wird, verliert ein System das Wertvollste: den Sinn.

Der Autor ist Chefredakteur der Zeitschrift „Humane Wirtschaft“.